

<b>Antrag zur Landesmitgliederversammlung</b>	<b>Antrag A06</b>
Ordentliche Landesmitgliederversammlung II/2015 des Landesverbands der Liberalen Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen (LHG NRW)	
Am 03. September 2015 in Bochum	
Antragsteller: Landesvorstand LHG NRW	
Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> nicht angenommen <input type="checkbox"/> verwiesen an	

## **Open Access fördern – Freier Zugang für freie Wissenschaft**

Die Liberalen Hochschulgruppen sehen Open Access als Chance für die Wissenschaft: Forscher können unabhängig von großen Verlagen, ohne hohe Kosten und für alle frei zugänglich ihre Publikationen veröffentlichen. Zugleich haben Studierende einen freien Zugang zu diesen wissenschaftlichen Werken und sind nicht abhängig von Lizenzen ihrer Universitäten bzw. Bibliotheken.

### **Die LHG NRW fordert daher:**

- Die Einführung eines unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechtes für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nach Anmeldung eines Patentes. Individuelle Vereinbarungen zwischen Wissenschaftlern und Verlagen, die weitergehend sind, indem sie beispielsweise die Sperrfrist verkürzen, sind begrüßenswert.
- Die Einführung der Bedingung der obligatorischen Open-Access-Publikation an aus öffentlichen Drittmitteln (also aus Landes- oder Bundeshaushalt oder durch Mittel von Institutionen, die von Bund oder Ländern unterhalten werden, wie die DFG oder die MPG) geförderter Forschung nach 6 Monaten nach Erstveröffentlichung.
- Den Zusammenschluss von Universitäten und Bibliotheken, wo immer sinnvoll, um die Nachfrage der Studierenden zu bündeln und somit einen größtmöglichen Zugang zu den durch Lizenzen beschränkte Periodika zu ermöglichen sowie eine größere Verhandlungsmacht gegenüber den Verlagen zu erhalten.
- Die aktive Unterstützung der EU-Initiative zur Verbreitung von Open Access bei wissenschaftlichen Publikationen durch Bundes- und Landesregierung. Es sollen ähnliche Regelungen auf europäischer und internationaler Ebene angestrebt werden, um eine Benachteiligung des deutschen Wissenschaftssystem zu verhindern.